



Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss

# Herausforderung Klimawandel

Positionpapier – Oktober 2013

**"Die internationalen Klimaschutzverhandlungen sollten ein Forum für Länder bieten, um sich gegenseitig zu weiteren Fortschritten anzuspornen – nicht um einander zu bremsen."**

Lutz Ribbe, Vorsitzender der EWSA-Beobachtungsstelle für nachhaltige Entwicklung

## Einleitung

Die Debatte über den Klimawandel geht weiter, doch die Fakten sprechen für sich. Immer mehr Daten bestätigen die fortschreitende Erderwärmung: Das ausgehende Jahrzehnt ist das wärmste seit Beginn der Wetteraufzeichnung. Mittlerweile sind 97% der Klimaforscher übereinstimmend der Meinung, dass diese Veränderungen menschengemacht sind, was auch durch den jüngsten Beitrag zum Fünften Sachstandsbericht des Weltklimarats (IPCC) bekräftigt wird.

Die Auswirkungen auf die Umwelt stehen außer Frage. Gletscher schmelzen ab, Lebensräume von Pflanzen und Tieren verschieben sich. Wissenschaftler messen den Rückgang von Meereis, den Anstieg des Meeresspiegels, stärkere Hitzewellen, heftigere Stürme und extreme Wetterereignisse.

In Europa steigen die Temperaturen schneller an als anderswo; indes bleiben die weltweiten Anstrengungen, den Klimagasausstoß einzudämmen, hinter den Zielvorgaben zurück. Der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss drängt auf energischere Maßnahmen, um schwere Schäden für die Menschen, die Wirtschaft und unseren Planeten zu verhindern.

## Die Politik der Union

Im Jahr 2008 setzte die EU in ihrem Energie- und Klimapaket 20%-Ziele für Emissionssenkungen, den Anteil erneuerbarer Energieträger und Energieeffizienz fest.

2009 veröffentlichte die Europäische Kommission ein Weißbuch über die Anpassung an den Klimawandel und schlug darin 33 Aktionen vor. Im April 2013 legte sie dann eine EU-Strategie zur Anpassung an den Klimawandel vor, in der sie sich auf einen flexiblen und partizipatorischen Ansatz beruft, die Mitgliedstaaten dringend auffordert, ihre Anstrengungen zu verstärken, und acht Aktionen vorschlägt. Ohne eine Anpassung an unausweichliche Veränderungen werden Europa langfristige hohe Kosten entstehen, argumentiert die Kommission.

Indes ist der Klimawandel ein globales Problem, und die EU hat seit 1990 aktiv an weltweiten Verhandlungen teilgenommen. Im März 2013

startete die Kommission eine öffentliche Konsultation im Hinblick auf das internationale Klimaschutzübereinkommen von 2015 und die Gestaltung der Weltklimapolitik für die Zeit nach 2020 und legte dazu eine Mitteilung vor, in der sie Bilanz zog.

**"Selbst wenn die Wissenschaft in einigen Jahrzehnten sagen würde: 'Wir haben uns geirrt, es war gar nicht eine Frage des Klimas', wäre es dann rückblickend nicht trotzdem gut gewesen, viele der Dinge getan zu haben, die für den Klimaschutz notwendig sind?"**

EU-Klimakommissarin Connie Hedegaard

## Der Standpunkt des EWSA

Der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss hat zwei neue Stellungnahmen zu diesem Themenkomplex vorgelegt.

## Internationale Klimapolitik

Der Ausschuss fordert Europa zu einem proaktiven, ehrgeizigen und dennoch realistischen Engagement auf, um den globalen Verhandlungen eine neue Dringlichkeit zu verleihen. Seit Unterzeichnung des Kyoto-Protokolls 1997 hat die Welt sich verändert, und das neue Weltklimaübereinkommen muss die neuen Gegebenheiten berücksichtigen und allen Ländern – Industrie- und Entwicklungsländern gleichermaßen – gerecht werden. Der Ausschuss drängt die EU, weltweit mit gutem Beispiel voranzugehen.

Maßnahmen und Anstrengungen an der Basis (Gemeinschaften und Sektoren) sind ausschlaggebend dafür, dass die vereinbarten Ziele und Verpflichtungen eingehalten werden können, und deshalb müssen die angenommenen Maßnahmen den Anliegen der Zivilgesellschaft entsprechen. Dies bedeutet Rechenschaftspflicht und Transparenz auf allen Stufen und die Vermeidung sozialer und wirtschaftlicher Ungerechtigkeit. Weitreichende und doch realistische Ziele müssen in

Konsens und Zusammenarbeit mit den Betroffenen ausgearbeitet werden, wobei positive Anreize die allgemeine Akzeptanz fördern und eine umfassende Umsetzung sicherstellen könnten.

Der Ausschuss ist ein starker Verfechter eines neuen Weltklimaübereinkommens; indes hebt er hervor, dass Europa nicht noch bis 2015 warten kann, um Maßnahmen zu ergreifen, und dass die Schritte, die wir zwischen heute und 2020, wenn das Übereinkommen in Kraft tritt, unternehmen, ausschlaggebend sein werden. Im Zentrum der Herausforderung für Europa steht die Energie. Der Energiesektor ist für ca. zwei Drittel der Treibhausgasemissionen verantwortlich, da über 80% des weltweiten Energieverbrauchs aus fossilen Quellen gedeckt werden. Das Energieeffizienzpotenzial ist noch weitgehend unausgeschöpft, und die Wirtschaftskrise hat die Investitionen in erneuerbare Energieträger beeinträchtigt. Die Industrie sollte die Krise aber eher als Chance begreifen, auf grünere Technologien umzusteigen.

Es muss ferner für die Einbeziehung des Klimawandels in andere Politikbereiche gesorgt werden, um sicherzustellen, dass sich die Entscheidungsfindung durchweg kohärent und konstruktiv gestaltet. Der Ausschuss gibt marktbasierteren Lösungen den Vorzug gegenüber schwerfälligen Verwaltungsaufgaben, um privatwirtschaftliche Unternehmen und andere Akteure zu mehr Nachhaltigkeit zu bewegen. Den Unternehmen kommt durch den Technologietransfer und Austausch bewährter Praktiken eine wichtige Rolle zu; und durch eine Kohlenstoffsteuer könnten Forschungsarbeiten zur Anpassung an den Klimawandel finanziert werden. "Ein einfaches und faires Weltklimaübereinkommen 2015 ist Voraussetzung für ein gerechtes Wirtschaftsumfeld in allen Regionen der Weltwirtschaft."

Klimaschutzmaßnahmen sollten dem Wachstum und der Entwicklung von Gesellschaft, Wirtschaft und Umwelt im Allgemeinen förderlich sein. Das neue Übereinkommen wird nur der erste Schritt sein, seine Umsetzung hängt von der globalen Zivilgesellschaft ab. Das Verfahren muss "transparent und überzeugend sein, um das Vertrauen der Menschen in der ganzen Welt zu gewinnen".

## Anpassung an den Klimawandel

- Der Ausschuss befürwortet die von der Kommission vorgeschlagene Strategie zur Anpassung an den Klimawandel und ruft die Mitgliedstaaten auf, schleunigst ihre nationalen Anpassungsstrategien aufzustellen bzw. umzusetzen. Er nennt verschiedene Bereiche, in denen seines Erachtens Maßnahmen ergriffen werden müssen.

- Es ist wesentlich, die Klimaschutzmaßnahmen bereichsübergreifend in den verschiedenen Politiken und Finanzinstrumenten der Union wie den Strukturfonds, der Gemeinsamen Agrarpolitik sowie der Forschung und Entwicklung zu verankern.

- Die Versicherungswirtschaft könnte Anpassungsmaßnahmen über marktbasierter Anreize fördern, indem sie die Versicherungsprämien dem Risikoniveau anpasst. Der Ausschuss begrüßt die Entscheidung der Kommission, ein Grünbuch über die Versicherung gegen Naturkatastrophen und von Menschen verursachte Katastrophen vorzulegen, um den Versicherungsmarkt zu fördern und die Überlastung der öffentlichen Haushalte zu reduzieren. In Anbetracht der Größenordnung der Risiken jedoch muss der Staat immer als Versicherer letzter Instanz auftreten, um insbesondere den Versicherungsschutz der schwächsten Gruppen sicherzustellen.

- In der Gewährleistung resilienterer Infrastrukturen liegt wahrscheinlich die größte Herausforderung einer öffentlichen Klimawandelanpassungsstrategie; dazu werden umfangreiche Investitionen seitens der EU und ihrer Mitgliedstaaten erforderlich sein.

Der Ausschuss begrüßt, dass im nächsten mehrjährigen Finanzrahmen (2014-2020) 20% des Gesamtbudgets für klimarelevante Maßnahmen vorgesehen sind. Insgesamt würden damit 192 Mrd. EUR in allgemeine Eindämmungs- und Anpassungsmaßnahmen fließen.

Wenn nicht unverzüglich gehandelt wird, werden die Auswirkungen des Klimawandels die sozialen Unterschiede innerhalb der EU vertiefen und den Zusammenhalt beeinträchtigen, prophezeit der Ausschuss. Deshalb müssen vulnerable soziale Gruppen gezielt unterstützt werden, damit sie durch die Folgen des Klimawandels nicht noch stärker benachteiligt werden.

***"Im mehrjährigen Finanzrahmen 2014-2020 sollte dafür gesorgt werden, dass alle europäischen Politiken klimaverträglich sind."***

Dilyana Slavova, Vorsitzende der Fachgruppe  
Landwirtschaft, ländliche Entwicklung,  
Umweltschutz des EWSA

## Weitere Informationen:

- **Website des EWSA zur Klimawandel-Thematik:** [www.eesc.europa.eu/?i=portal.en.climate-change](http://www.eesc.europa.eu/?i=portal.en.climate-change)
- **Öffentliche Anhörung des EWSA (BNE): Auf dem Weg zu einem globalen Klimaprotokoll 2015:** [www.eesc.europa.eu/?i=portal.en.events-and-activities-global-climate-protocol-2015](http://www.eesc.europa.eu/?i=portal.en.events-and-activities-global-climate-protocol-2015)
- **Strategiepaket der EU zur Anpassung an den Klimawandel:** [http://ec.europa.eu/clima/policies/adaptation/what/documentation\\_en.htm](http://ec.europa.eu/clima/policies/adaptation/what/documentation_en.htm)
- **Das internationale Klimaschutzübereinkommen von 2015: Gestaltung der Weltklimapolitik für die Zeit nach 2020:** [http://ec.europa.eu/clima/policies/international/negotiations/future/docs/com\\_2013\\_167\\_de.pdf](http://ec.europa.eu/clima/policies/international/negotiations/future/docs/com_2013_167_de.pdf)
- **Weltklimarat (IPCC):** [www.ipcc.ch](http://www.ipcc.ch)